

**Sonderbeauftragter der Generalsekretärin des
Europarats für Antisemitismus und
Muslimfeindlichkeit* und anderer Formen religiöser
Intoleranz**

Hass und Hetze im Netz werden immer gefährlicher

Vorläufige Ergebnisse einer Befragung muslimischer Verbände in Europa

Arbeitsdokument Juli 2021

Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit

Die Religionsfreiheit und das Diskriminierungsverbot sind Grundrechte, die durch die Europäische Menschenrechtskonvention geschützt werden (Artikel 9 bzw. 14 EMRK). Der Schutz vor Diskriminierung, u.a. aufgrund von Religion oder Weltanschauung, ist eine Kernaufgabe des Europarats.

In den letzten Jahren wurde in vielen Teilen Europas ein besorgniserregender Anstieg von Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit verzeichnet. Dies umfasst Hassdelikte¹, wie z. B. Angriffe auf Juden und Muslime und auf ihre jeweiligen religiösen Einrichtungen sowie andere Formen der religiösen Intoleranz, die nicht als Straftaten eingestuft werden.

Die Anti-Rassismus Experten des Europarats „ECRI“ (Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz) werden demnächst zwei Politik-Empfehlungen an die 47 Mitgliedstaaten veröffentlichen, jeweils zur Bekämpfung von Antisemitismus (Ende 2021) und von Muslimfeindlichkeit (Anfang 2022).

Hassrede im Internet

Anstiftung zur Gewalt und Todesdrohungen im Internet sind besonders gefährlich, weil sie sich exponentiell verbreiten und zu tödlicher Gewalt führen können. Der Angriff auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019 und die rassistisch motivierte Ermordung von neun Menschen mit vorwiegend muslimischem Hintergrund in Hanau im Februar 2020 sind furchtbare Beispiele für dieses gefährliche Phänomen.

*Sonderbeauftragter der Generalsekretärin des Europarats für antisemitische und muslimfeindliche Hasskriminalität sowie andere Formen religiöser Intoleranz.

¹ Das deutsche Bundesinnenministerium verzeichnete von 2019 auf 2020 einen Anstieg antisemitischer Straftaten von 2.032 auf 2.351 (+15,70 %). Islamfeindliche Straftaten stiegen von 950 im Jahr 2019 auf 1.026 im Jahr 2020 (+ 8 %).

Der Europarat arbeitet derzeit ebenfalls an einer Empfehlung zur Bekämpfung von Hassrede (online und offline) aus der Perspektive der Menschenrechte und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Darüber hinaus planen mehrere Regierungen sowie die Europäische Union neue oder überarbeitete Gesetze, um gegen strafbare Inhalte im Netz vorzugehen. Zwar sind die großen Internetplattformen inzwischen für das Thema sensibilisiert, dennoch sind die Nutzer der sozialen Medien noch nicht ausreichend vor Angriffen geschützt.

So klagt verklagt z. B. die jüdische Studierendengewerkschaft in Frankreich (UEJF) in einem laufenden Rechtsstreit Twitter, weil die Plattform einen Großteil der Nachrichten mit strafbaren Inhalten nicht innerhalb von 3-5 Tagen nach Meldung durch die Nutzer löscht. Laut UEJF und anderer NGOs hat Twitter in Frankreich nur ca. 20 % der nachweislich antisemitischen oder rassistischen Posts in den letzten Monaten gelöscht. Die UEJF beklagt außerdem, Twitter gäbe keine Auskunft darüber, wie und mit welchen personellen und digitalen Mitteln die Plattform mit illegalen Inhalten umgehe bzw. sie „moderiere“.

Die Europäische Kommission hat vor Kurzem eine Studie² über den Anstieg von Antisemitismus im Internet während der Covid-Pandemie in Bezug auf französische und deutsche Inhalte veröffentlicht. Im Gegensatz dazu gibt es auf europäischer Ebene vergleichsweise wenig Forschung zur muslimfeindlichen Hassrede in Netz (trotz der Tatsache, dass Muslime die größte religiöse Minderheit in Europa sind und der Islam die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa ist³).

Der jüngste Bericht über Muslimfeindlichkeit⁴ des UN-Sonderberichterstatters für Religions- und Weltanschauungsfreiheit unterstreicht, wie schädliche Narrative und Stereotype über Muslime flächendeckend über digitale Medien und soziale Netzwerke verbreitet werden. Der Bericht erklärt außerdem, dass Hassrede-Wellen häufig durch „Trigger-Events⁵“, wie z. B. durch den Angriff in Christchurch auf zwei Moscheen, bei denen im Jahr 2019 51 Menschen getötet wurden, ausgelöst werden.

² The rise of antisemitism online during the pandemic - A study of French and German content

<https://data.europa.eu/doi/10.2838/671381>

³Muslime stellen rund 6 % der Bevölkerung in den 47 Mitgliedstaaten des Europarats und ca. 5 % in den 27 EU-Staaten, mit steigender Tendenz.

⁴ [OHCHR | Report on Countering Islamophobia/Anti-Muslim Hatred to Eliminate Discrimination and Intolerance Based on Religion or Belief](#)

⁵ Laut dem UN-Sonderbeauftragten können solche Trigger-Ereignisse Terrorangriffe (einschließlich Angriffe auf Muslime), Kommentare prominenter Personen des öffentlichen Lebens oder politische Veranstaltungen, wie z. B. Wahlen oder Referenden⁵, sein. Nach dem Angriff in Christchurch verzeichneten NGOS einen Anstieg von 692 % bei Angriffen gegen Muslime im Internet, bei denen viele die gleiche Rhetorik wie der Attentäter benutzten.

Befragung muslimischer Verbände

Zur Einschätzung des Umfangs, der Ausprägung und der Gefahren von Hassrede wurden muslimische Verbände in mehreren Mitgliedstaaten des Europarats befragt, einschließlich der Länder mit der größten muslimischen Bevölkerung⁶: Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich. Die folgende Zusammenfassung gibt die Ansichten der Befragten wieder. Weitere Verbände in anderen Mitgliedstaaten sollen noch befragt werden. Die Ergebnisse sind weder vollständig noch repräsentativ. Vielmehr handelt es sich um einen Anstoß zu weiterer Forschung, die für die Formulierung politischer Empfehlungen und Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene behilflich sein kann. Der Fragebogen ist im Anhang beigefügt.

Die Auswertung umfasste Antworten von muslimischen Verbänden in acht Ländern: Frankreich, Deutschland⁷, Vereinigtes Königreich, Italien, Belgien, Österreich, Luxemburg und Norwegen.

Zwei europäische Interessensvertretungen wurden ebenfalls befragt, deren Antworten im Allgemeinen die Rückläufe aus den nationalen Verbänden widerspiegeln.

Aufruf zu Gewalt, Todesdrohungen und Verschwörungstheorien nehmen zu

Sieben⁸ von acht nationalen Muslimverbänden nannten explizit Anstiftung zur Gewalt und Todesdrohungen als gefährlichen Trend. Solche Drohungen werden generell als Straftaten gewertet. Die österreichische IGGÖ schätzt, dass die Hälfte der gemeldeten Fälle muslimfeindlicher Posts im Internet strafrechtlich relevant ist.

Eine häufig verwendete Drohung gegen Muslime in Frankreich ist „le départ ou le cerceuil“ („Hau ab oder du endest im Sarg“). Eine aktuelle Hassbotschaft, die im Vereinigten Königreich zirkuliert, lautet „just eradicate every single f***** Muslim“ (einfach nur jeden einzelnen „S*****-Muslim auslöschen“). In Norwegen lautete ein Post „Schickt sie auf einem undichten Boot aufs Meer“.

⁶ 2016 lebten in Frankreich ca. 5.720.000 Muslime (8,8 % der Bevölkerung);
in Deutschland lebten 4.950.000 Muslime (6,1 % der Bevölkerung);
im Vereinigten Königreich lebten 4.130.000 Muslime (6,3 % der Bevölkerung).

Quelle: Pew Research Center, 5 facts about the Muslim population in Europe, November 2017

<https://www.pewresearch.org/fact-tank/2017/11/29/5-facts-about-the-muslim-population-in-europe/>

⁷ Im Fall von Deutschland gingen Antworten von drei Organisationen ein: dem Zentralrat der Muslime in Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland, dem Muslimischen Zentrum Mädchen, Frauen & Familie und der Muslimischen Jugend in Deutschland. Siehe Liste der teilnehmenden Verbände auf S. 7)

⁸ Der Verband Exécutif des musulmans de Belgique nannte nicht explizit „Drohungen“ oder „Anstiftung zur Gewalt“, dagegen erwähnte er rassistische und strafbare Inhalte.

Alle Befragten meldeten einen Anstieg muslimfeindlicher Verschwörungstheorien im Internet.

Häufige Anschuldigungen gegen Muslime lauten, sie seien verantwortlich für die „Islamisierung des Westens/Europas“, „sie übernehmen die Regierung“ oder sie wollten „das Christentum verbieten“. Muslime werden als „Extremisten“, „Terroristen“ und Unterstützer des „politischen Islam“ verunglimpft. Man wirft ihnen auch vor, „Pädophile“, „Frauenmisshandler“ zu sein oder „Taqiya“ zu praktizieren, um Lügen zu rechtfertigen. Muslimische Frauen werden als „rückwärtsgewandt“ („backward“) oder „dumm“ bezeichnet. In letzter Zeit werden Muslime auch der Verbreitung der Covid-Pandemie als „Superspreader“ bezichtigt.

Wie der belgische Verband passend formulierte, zeige der muslimfeindliche Hass im Netz häufig eine „Unwissenheit über die kulturelle und religiöse Vielfalt“ des Landes.

Sech Verbände (aus Frankreich, Italien, Österreich, Belgien, Luxemburg, Norwegen) erwähnten, muslimfeindliche Vorurteile würden häufig über soziale Medien und in Blogs in den Kommentarzeilen genannt, die mit Artikeln in den Mainstream-Medien verlinkt sind.

Die Verfasser muslimfeindlicher Hassrede: Rechtsextremisten, Einwanderungsgegner und identitäre Bewegungen

Als die häufigsten Verfasser muslimfeindlicher Hassrede nannten alle Befragten Rechtsextreme, Rassisten und/oder Einwanderungsgegner. In Deutschland und Österreich posten die identitären Bewegungen besonders häufig muslimfeindliche Hetze. Die meisten Verfasser von Hassrede sind nach Einschätzung der Befragten nicht namentlich identifizierte Personen (anonyme Accounts):

Der Großteil des muslimfeindlichen Hasses wird anonym gepostet, aber die Hemmschwelle sinkt

Verbände aus fünf Staaten (Frankreich, Deutschland, Vereinigtes Königreich, Österreich, Luxemburg) antworteten, dass der Großteil der muslimfeindlichen Botschaften anonym gepostet wird.

Die anderen Befragten gaben an, diese Frage aufgrund der mangelnden Datenlage nicht beantworten zu können. Der Zentralrat in Deutschland schätzt, dass zwei Drittel der muslimfeindlichen Nachrichten anonym gepostet werden; und der Luxemburger Verband schätzt den Anteil auf 80 %.

Verbände in vier Staaten (Deutschland, Vereinigtes Königreich, Österreich und Norwegen) zeigten sich betroffen, dass immer mehr Hassbotschaften im Internet mit Klarnamen gepostet werden und die Hemmschwelle für das Posten muslimfeindlicher Inhalte abnehme, d.h. diese würden offenbar zunehmend als „akzeptabel“ angesehen.

Angriffe im Internet werden oft nicht gemeldet

Muslimfeindliche Hass-Posts werden meist nicht gemeldet. Dies entspricht der weitverbreiteten Erkenntnis (z.B. im Bericht des UN-Berichterstatters), muslimische Opfer von Diskriminierung verzichteten häufig auf das Melden von Zwischenfällen bzw. Straftaten und/oder glaubten nicht, mit einer Anzeige würde sich etwas ändern (dies wurde auch vom britischen Muslim Council berichtet).

Drei Verbände (aus Frankreich, Belgien und Luxemburg) gaben jedoch an, im Allgemeinen würden muslimische Internetnutzer die Behörden oder Stellen kennen, bei denen sie Hassdelikte melden könnten⁹. Diese Aussage soll durch eine weitere Befragung der betroffenen Verbände näher erörtert werden. Die deutschen Verbände erklärten, nur eine Minderheit der Opfer wüsste, an wen sie sich bei Beschwerden wenden könne. Vier Verbände (aus dem Vereinigten Königreich, aus Italien, Österreich und Norwegen) erwähnten die Existenz mehrerer NGOs, an die sich Muslime bei Beschwerden wenden könnten, ohne jedoch abschätzen zu können, ob diese NGOs in der muslimischen Gemeinde allgemein bekannt seien.

Muslimfeindliche Attacken im Internet sind mindestens genauso bedrohlich wie „konventionelle“ Angriffe

Die Mehrzahl der Verbände¹⁰ (aus sechs Mitgliedstaaten) erklärten, muslimfeindlicher Hass im Internet sei heute genauso bedrohlich oder sogar gefährlicher als „konventionelle“ Formen von verbalen oder körperlichen Angriffen im Alltagsleben. So zitierte die österreichische IGGÖ eine NGO¹¹, die 1.051 Fälle von antimuslimischem Rassismus im Jahr 2019 meldete, von denen etwa 60 % online gepostet wurden.

Staatliche Behörden tun noch nicht genug für den Schutz von Muslimen

Die Verbände aus allen befragten Mitgliedsstaaten antworteten, staatliche Stellen täten nicht genug für den Schutz von Muslimen, sowohl im Internet als auch allgemein. Die häufigsten Kritikpunkte waren:

- eine unzureichende staatliche Erfassung muslimfeindlicher Vorfälle;
- ein mangelndes Bewusstsein seitens der Strafverfolgungsbehörden und anderer Stellen für das Phänomen der Muslimfeindlichkeit und ihrer Gefahren;
- die fehlende Bereitschaft vieler Politiker, das Problem anzugehen und sich mit den Muslimen und ihren Interessensvertretungen zu befassen;

Frankreich: Conseil supérieur de l'audiovisuel (staatliche Aufsichtsbehörde). Belgien: UNIA (öffentliche Antidiskriminierungsstelle). Luxemburg: Observatoire de l'Islamophobie (NGO).

¹⁰ Der Exécutif des musulmans de Belgique und eine deutsche Organisation, der Zentralrat der Muslime in Deutschland, erklärten, Offline-Bedrohungen seien immer noch gefährlicher.

¹¹ Dokumentation- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus. <https://dokustelle.at/fileadmin/Documents/Reports/Report-2019-A4.pdf>

Mehr Transparenz und Sensibilisierung nötig

Die Zunahme von Diskriminierung gegenüber Minderheiten im Internet einschließlich der Muslime ist eindeutig und besorgniserregend. Wie andere Formen rassistischer und antireligiöser Intoleranz ist das Phänomen der Muslimfeindlichkeit komplex und nicht immer eindeutig definiert. Klar ist aber inzwischen, dass dieser Trend gefährlich ist, weil Hass und Hetze im Netz zu tödlicher Gewalt führen können.

- Die Ergebnisse der Befragung sollten durch weitere Untersuchungen ergänzt werden. Eine europäische Untersuchung zur Muslimfeindlichkeit im Netz könnte zu mehr Transparenz und Aufklärung beitragen.
- Je nach der spezifischen Situation in den Mitgliedstaaten, könnten die jeweiligen Regierungen in Betracht ziehen, Experten mit der Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen zu benennen, wie z. B. der Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit¹², der 2020 nach dem Angriff von Hanau von Bundesinnenminister Seehofer einberufen wurde.
- Politiker und Politikerinnen könnten sich mehr als bisher mit den Anliegen der muslimischen Gemeinschaften befassen und dies - auch als Beitrag zur Integration - öffentlich zum Ausdruck bringen.
- Ein regelmäßigerer Austausch zwischen europäischen Behörden wäre ebenfalls nützlich, um effektive Gegen- bzw. Schutzmaßnahmen in Bezug auf die wachsende Muslimfeindlichkeit zu vergleichen (best practice). Der Europarat steht als Dialogplattform für einen solchen zwischenstaatlichen Austausch bereit.

¹² [BMI - Presse - Auftaktsitzung des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit \(bund.de\)](#)

[Germany's Seehofer touts expert panel on Islamophobia after Hanau killings | News | DW | 29.02.2020](#)

Teilnehmende Verbände

Frankreich:Conseil français du culte musulman

Deutschland:Zentralrat der Muslime in Deutschland/ Koordinationsrat der Muslime, Muslimisches Zentrum für Mädchen Frauen und Familien, Muslimische Jugend in Deutschland

Vereinigtes Königreich:The Muslim Council of Britain

Italien:Union der islamischen Gemeinden und Organisationen in Italien

Belgien:Exécutif des Musulmans de Belgique

Österreich:Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich

Norwegen:Islamsk Råd Norge

Luxemburg:Observatoire de l'islamophobie

Europaweite Organisationen:Council of European Muslims, Forum of European Muslim Youth and Student Organisations

Anhang: Muslimfeindlichkeit im Internet

1. Mit welcher Art von Diskriminierung und Hassrede im Internet sehen sich Muslime heute konfrontiert? Bitte konkrete Beispiele nennen (z.B. Beleidigungen, Verschwörungstheorien, Drohungen, bestimmte Schimpfwörter usw.) ...
2. Soweit bekannt, wer sind die Absender muslimfeindlicher Botschaften im Internet? Bitte Absender benennen (z.B. bestimmte fremdenfeindliche, rechtextremistische Gruppen oder Einzelpersonen.) ...
3. Ungefähr welcher Anteil der muslimfeindlichen Botschaften wird anonym gepostet?...
4. Wissen Muslime bei wem/welcher Stelle sie sich über muslimfeindliche Botschaften im Netz beschweren können?

Eher nein ...

Eher ja ...

Wenn ja, bei welche/n Beschwerdestelle/n?: ...

5. Empfinden Muslime die muslimfeindlichen Botschaften im Internet insgesamt

mehr ...

weniger ...

genauso bedrohlich ...

als muslimfeindliche Äußerungen oder Handlungen im Alltag *außerhalb des Internets*?

6. Tun die Behörden generell genug, um Muslime vor verbalen und physischen Angriffen zu schützen?

Ja ...

Nein ...

Sonstiges ...